

Dr.H./H

at
KoalitionA k t e n v e r m e r k

für den Herrn Bundeskanzler

Koalitionssitzung vom 24. April 1961.

Anwesend: Bundeskanzler,

Vizekanzler,

Minister Klaus,

Minister Hartmann,

Minister Kreisky,

Minister Waldbrunner,

Präsident Maleta,

Bürgermeister Jonas,

Zentralsekretär Probst.

1.) Verhandlungen mit öffentlichen Beamten:

Nach längerer Debatte wird einvernehmlich Bundesminister Klaus gebeten, noch in dieser Woche die Vertreter der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu einer Aussprache zu empfangen. Sozialisten bringen vor, daß die Erhöhung der Nebengebühren noch nicht durchgerechnet sei. Bundeskanzler erklärt hierzu eine Dienstabweisung zu verlassen, die die möglichst rasche Durchführung der Liquidation veranlaßt.

2.) Ministerpension:

Grundsätzliche Auffassung beider Koalitionspartner über die Notwendigkeit einer Ministerpension. Bundeskanzleramt wird ersucht, einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf federführend vorzubereiten. Grundlage soll ein bereits im Bundesministerium für Finanzen vorliegender Entwurf sein. Sozialisten geben der Meinung Ausdruck, daß auch ein Rechtsanspruch der Abgeordneten auf eine Pension zu statuieren sei. Der derzeitige Stand sei völlig unbefriedigend. Die Klubobmänner werden eingeladen, sich

diesbezüglich zu besprechen und einen Initiativantrag vorzubereiten.

3.) Counterpartmittel:

Das bereits bestehende Ministerkomitee soll am 2. Mai 1961 nach der Ministerratssitzung sich über das notwendige Gesetz beraten und sich über die Grundzüge der Verteilung der Counterpartmittel für die Zukunft einigen. Sektionschef Preglau soll eine Zusammenstellung der differenten Auffassungen in dieser Frage vorbereiten, welche den Ministern des Komitees zu übermitteln wären.

4.) Generaldirektor Hueber:

Die ÖVP erklärt mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Sozialisten im Aufsichtsrat der Stickstoffwerke den Sozialbeirat nicht zu besuchen. Die Sozialisten verwahren sich gegen die Haltung der ÖVP in dieser Frage, insbesondere gegen den in den ÖVP-Zeitungen enthaltenen Vorwurf, daß auf dem Umweg über Provisionsverträgen der SPÖ Geldmittel zugeflossen seien. Präsident Olah führt aus, daß der gegenständliche Fall zu Entwicklungen Anlaß geben könnte, die im Interesse der gegenseitigen Zusammenarbeit und der staatlichen Industrie an sich tunlichst vermieden werden sollte. Bundeskanzler regt an, den Punkt Sozialdividende im Sozialbeirat zu vertagen bis die ÖVP durch ihre Vertreter in diesem Beirat andere Vorschläge einer Leistungsprämie erstattet hat. Vizekanzler sagt zu, dies zu versuchen.

Unter diesen Umständen wird die Bereitschaft erklärt, den Sozialbeirat wieder zu besuchen.

Über die Angelegenheit Stickstoffwerke und Generaldirektor Hueber wird zu einem späteren Zeitpunkt zu reden sein!

5.) AUA:

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und des Vorstandes kann von sozialistischer Seite nur so genehmigt werden, daß weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat ein Dirimierungsrecht besteht. Ansonsten würden die sozialistischen Gemeinden sowie der Gewerkschaftsbund wegen der Gefahr einer Majorisierung keine Gelder zur Verfügung stellen. Vorschlag Bundeskanzler Raab: Der Herr Bundeskanzler soll beide Teile zu sich berufen und ein Einvernehmen herstellen.

6.) Pittermann beantragt zur Erstellung eines Wirtschaftsplanes der Bundesregierung ein Komitee bestehend aus den zuständigen Ministern und den Vertretern der vier Kammern einzuberufen. ÖVP sagt zu, zu dieser Frage nächstes Mal Stellung zu nehmen.

7.) Pittermann urgiert die Stellungnahme der ÖVP zu den sechs Initiativanträgen sozialpolitischen Charakters, welche den Ausschüssen zur Beratung übermittelt werden sollen. ÖVP wird in der nächsten Sitzung dazu Stellung nehmen.

weissung zu erlassen. Die 11. öffentliche Sitzung beginnt

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr

Ende: 18.45 Uhr

Nächste Sitzung am 8. Mai 1961, 16.00 Uhr im Parlament

Fraktionsvorsprechung 15.00 Uhr im Parlament